

CO₂-Verpressung verhindern - Frankfurt (Oder) muss Farbe bekennen gegen CCS und für erneuerbare Energien

Beschluss des Kreisverband Frankfurt (Oder) von Bündnis 90/Die Grünen:

Auch wenn die Antwort auf die Anfrage 10/AFR/0637 davon spricht, dass eine dezidierte Festlegung zu dem Thema derzeit noch nicht möglich sei, lässt die beigefügte Bewertungsmatrix zur Einschätzung der Auswirkungen der geplanten CO₂-Verpressung auf Frankfurt (Oder) kaum einen anderen Schluss zu: CCS hat für die Stadt, seine Bürger und die Wirtschaft nur negative bis sehr negative Auswirkungen. Es erscheint sehr unwahrscheinlich, dass neue Erkenntnisse auftauchen, die dazu führen könnten, dass sich die Einschätzungen, die in der Bewertungsmatrix geäußert werden, grundlegend ändern. Auch die vorgelegten Einschätzungen von Expertengremien können nicht für eine übergeordnete Begründung der Sinnhaftigkeit von CCS in bewohnten Gebieten erhalten, überwiegen doch im wesentlichen negative Stellungnahmen.

1. Die die geplante CO₂-Verpressung in den Gebieten Birkholz-Beeskow und Neutrebbin wird gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung auch von Frankfurt (Oder) haben.
2. Durch die unterirdische Ausbreitung des CO₂ wird Frankfurt (Oder) höchstwahrscheinlich von der CO₂-Verpressung direkt betroffen sein, ohne dass es wirkliche Sicherheit geben kann, dass das CO₂ für einen sehr langen Zeitraum im Untergrund festgehalten werden kann. Mögliche Austritte von CO₂ stellen dann in Zukunft – auch für zukünftige Generationen – eine dauerhafte Gefahr dar.
3. Die Umsetzung der CCS-Projekte lässt negative bis sehr negative Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Stadtentwicklung erwarten und steht im Widerspruch zum Leitbild einer Solarstadt Frankfurt (Oder), die auf die Nutzung erneuerbarer Energien setzt und den Tourismus weiter entwickeln will.
4. Wir fordern die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) und den Oberbürgermeister auf, die geplanten Projekte zur CO₂-Verpressung in den Gebieten Birkholz-Beeskow und Neutrebbin abzulehnen und sich mit der Region solidarisch zu erklären sowie diese Position gegenüber der Landesregierung und den an der Planung der CO₂-Verpressung beteiligten Institutionen und Unternehmen zu vertreten und sich an den entsprechenden Stellen gegen das Projekt auszusprechen. Hierzu werden wir einen Antrag in die StVV einbringen.
5. Bündnis 90/Die Grünen in Frankfurt (Oder) unterstützen die Proteste der Bürgerinitiativen in der Region und rufen zur Teilnahme an den geplanten Protestkundgebungen auf

Begründung:

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren politischen VertreterInnen, zu dem Thema, das Frankfurt und die Region betrifft und schon lange diskutiert wird, Stellung zu beziehen.

Wir sollten uns solidarisch mit der Region zeigen und offensiv für eine Energiepolitik werben, die ohne Braunkohleabbau und CCS auskommt. Die Grundlagen für die Energiewende werden z.B. auch in den drei Solarfabriken in Frankfurt (Oder) produziert.